

Der Ausschussvorsitzende erklärte, warum neben der Behandlung des Tagesordnungspunktes im nicht öffentlichen die Angelegenheit auch im öffentlichen Teil aufgerufen wird.

Er erinnerte daran, dass der Stadtrat einen eindeutigen Beschluss gefasst habe, die Einrichtung von Lärmmessstationen am Flugplatz Hangelar zu unterstützen. Die Gesellschafterversammlung des Flugplatzes habe eine Kostenermittlung in Auftrag gegeben. Man habe aus der Presse erfahren, dass der Landrat als Gesellschafter des Flugplatzes eine Finanzierung der Messstation nicht unterstützt. Der Kreistag selbst habe noch keine Entscheidung getroffen.

Herr Schell von der CDU-Fraktion, der vom Rat als Vertreter der Stadt in den Aufsichtsrat gewählt wurde, berichtete, dass er im Aufsichtsrat versucht habe, den entsprechenden Ratsbeschluss umzusetzen. Das sei aufgrund der Mehrheitsverhältnisse allein nicht machbar.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! wollte von Herrn Schell wissen, ob dieser einschätzen könne, dass der Kreistag eine Entscheidung schneller treffen würde, wenn für den Kreis für die Einrichtung der Lärmmessstation keine Kosten anfallen würden.

Herr Schell antwortete, dass dieses zutreffen könnte, aber das wäre nur seine persönliche Einschätzung.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erinnerte daran, dass die Städte Bonn und Sankt Augustin beschlossen haben, Lärmmessstationen einzurichten, und zwar durch die Flugplatzgesellschaft und möglichst kostendeckend über eine Erhöhung der Start- bzw. Landegebühr. Sein weiterer Kenntnisstand sei, dass der Aufsichtsrat damit beauftragt wurde, die technische Realisierbarkeit von Lärmmessstationen festzustellen, die daraus entstehenden Kosten zu ermitteln und die Finanzierung zu prüfen. Ergebnisse hierzu hätte man nur bislang aus der Presse erfahren können. Im Kreistag würden erst Beschlüsse gefasst, wenn die Prüfergebnisse vorlägen.

Hierzu könne er nur im nicht öffentlichen Teil der Sitzung etwas sagen, stellte Herr Schell fest.

Frau Bergmann-Gries von der SPD-Fraktion wollte wissen, ob wegen der zahlreich erschienen Bürgerinnen und Bürger auch Informationen im öffentlichen Teil platziert werden könnten.

Für Herrn Köhler sei das weitere Prozedere interessant, ob zuerst Standorte ausgesucht und dann Kosten bzw. die Finanzierung ermittelt werden, oder umgekehrt.

Herr Puffe von der CDU-Fraktion meinte, dass man über Ungewisses diskutiere, da man den Bericht aus dem Aufsichtsrat noch nicht kenne. Der damalige Ratsbeschluss beinhalte auch die Prüfung einer technischen Realisierbarkeit. Bevor nicht über diese Frage Klarheit bestehe, benötige man auch keine Diskussion über Kosten.

Frau Bergmann-Gries wollte die Tagesordnung dahingehend modifiziert wissen, den öffentlichen Teil nun zu unterbrechen, um dann nach nicht öffentlichen Beratungen die Diskussion öffentlich fortzuführen.

Der Ausschussvorsitzende stellte fest, dass es schwierig sei festzustellen, welche Ausführungen öffentlich oder, weil sie schützenswert sind, in den nicht öffentlichen Teil gehören, da der Bericht noch nicht bekannt sei. Er verstehe, dass jemand aus einem Aufsichtsrat, der nicht öffentlich tagt, hier nicht öffentlich berichten kann.

Auch Herr Puffe halte eine Sitzungsunterbrechung für nicht angebracht; je nach Inhalt der Ausführungen müsse die Angelegenheit zu einem späteren Zeitpunkt intensiv beraten werden.

Für Herr Köhler gehören Aussagen bezüglich technischer Ausrüstung und Machbarkeit der Messstationen in den öffentlichen Teil.

Auch Herr Züll zeigte Verständnis für Herrn Schell, dass er in der öffentlichen Sitzung nichts sage.

Für Herrn Metz stelle sich das bisher diskutierte als eine politische Formaldiskussion dar; dies sei dem Thema nicht angemessen. Der gesamte Rat sei der Meinung, dass die Lärmmessstationen kommen müssen. Auch er könne nachvollziehen, dass Herr Schell aus einer nicht öffentlichen Aufsichtsratsitzung öffentlich nicht berichten mag. Sein Vorschlag sei, den Aufsichtsrat zu bitten, selbst das Ergebnis zeitnah öffentlich zu machen.

Danach gab es keine weiteren Wortmeldungen.